



EU vergibt 45.000 Mikrokredite an Arbeitslose + Kleinunternehmer

Dieses europäische Mikrofinanzierungsinstrument wird anfangs mit 100 Millionen EUR ausgestattet sein.

In Zusammenarbeit mit weltweit operierenden Finanzinstitutionen wie etwa der Europäischen Investitionsbank (EIB-Gruppe) könnten letztlich mehr als 500 Millionen EUR mobilisiert werden.

INHALT

Editorial

Europa 2020. 3

Wochenrückblick

Jeder 20.te Job ist ein grüner Job 4

Siemens Energy baut in Italien PV-Anlage 4

2020 50% der Autos mit Elektroantrieb 5

CleanTechMedia-Award 2010 ausgeschrieben 5

Nachhaltigkeit

Exklusiv: OB Dr. Peter KURZ (Mannheim) über Nachhaltigkeit 6

Serie: Alles über Bio-Kaugummi.8

Energie

E.ONs Investitionen – ein Risiko für das Klima? 10

3. Antiatom-Schulwettbewerb Österreich 12

Soziales

2. Stuttgarter Kiwanis Preis für bürgerschaftliche Kinderhilfsprojekte . . . 13

Serie Start-ups der Nachhaltigkeit

Die Spielregeln 15

toodot : Keine Wegwerfwaren sondern Wegbegleiter. 16

Medien

Die Hoffnung auf die Öffentlichkeit stirbt zuletzt; Hans-Jürgen Arlt und
Wolfgang Storz. 19

Vision & Mission

CSR - Vision und Mission; Peter Nolden 21

EU-Report

Kurzmeldungen 24

EU vergibt 45 000 Mikrokredite an Arbeitslose und Kleinunternehmer . . 28

Klimaschutz: Europäische Kommission präsentiert Strategie für weltweiten

Neustart nach Kopenhagen 30



IMPRESSUM:

Verleger/Eigentümer: Glocalist Media
& Think-Net for Sustainability GmbH
Glocalist Medien – Berlin:

Brückenstrasse 2, 12439 Berlin
office@glocalist.com

Web: www.glocalist.com

Anschrift Österreich: Glocalist Medien,
Bechardg. 16/20, 1030 Wien.

Tel: +43/1/710 16 46

Herausgeber:

Dr. Christian Neugebauer:
office@glocalist.com

Chefredaktion:

Mag.(FH) Ing. Bettina Dürrheim
chefredaktion@glocalist.com

Anzeigen:

anzeigenleitung@glocalist.com

Abonnement: www.glocalist.com
unter Menüpunkt „Abonnement“.

Bilder: Sofern nicht anders
angegeben: Archiv Glocalist Medien
sowie Autorenbilder

BEIRAT ÖSTERREICH:

Anna Spinka, Industriellenvereinigung
Sigrid Greutter-Kuhn, deبرا-austria
(Schmetterlingskinder)

Nicholas Hauser, Sekretär der GPA
Kurt Krickler, ist Mitbegründer und
seither Mitarbeiter der Homosexuellen
Initiative (HOSI) Wien

Wolfgang Pekny, Greenpace -
Plattform Footprint

Dieter Schindlauer, Obmann des
Vereins ZARA

Christiana Weidel, Obfrau World of
NGOs

Ernst Kurt Weigel, Freier Autor &
Theatermacher

BEIRAT DEUTSCHLAND:

Michael Assländer, Deutsches
Netzwerk Wirtschaftsethik
Martin Dieckmann, Referent für
Medienpolitik und Medienwirtschaft
beim ver.di-Bundesvorstand Stefan
Nährlich, Geschäftsführer der
Aktiven Bürgerschaft Peter Wahl,
GF „Weltwirtschaft, Ökologie &
Entwicklung – WEED“.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte
und LeserInnenbriefe wird keine Haftung
und Gewährleistung übernommen. Der
Herausgeber und die Redaktion behalten
sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich
gekennzeichnete Beiträge drücken nicht un-
bedingt die Meinung des Herausgebers und
der Redaktion aus und für Beiträge und ihren
Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die
AutorInnen. Unverlangte Sendungen, für die
weder Verlag noch Redaktion eine Haftung
übernehmen, werden nur dann zurückge-
sandt, wenn ausreichend Rückporto beiliegt.

Europa 2020

Die EU-Kommission unter Vorsitz des Kommissionspräsidenten Barroso hat der Tage die Strategie für ein „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ für Europa vorgelegt.

Vieles, vom Befund angefangen bis hin zu den mannigfaltigen Vorschlägen für ein nachhaltiges Wachstum, weist grundsätzlich in die richtige Richtung und ist zumindest einer ernsthaften Diskussion würdig. Einleitend wird festgehalten: **„Die Krise ist ein Weckruf. Wir müssen erkennen: ein „Weiter so wie bisher“ würde uns in der neuen Weltordnung schrittweise in die Zweitrangigkeit zurückfallen lassen. Jetzt schlägt die Stunde der Wahrheit für Europa. Jetzt ist die Zeit für entschlossenes und ambitioniertes Handeln.“**

Dramatischer lässt sich der status-quo kaum formulieren und erlaubt auch den Umkehrschluss, dass die bisherige Strategie der EU nicht intelligent, nicht nachhaltig und nicht integrativ war. Die EU-Kommission belegt dies durch ihre eigene nun aktuell vorliegende Einschätzung. Auch das verdient festgehalten zu werden.

Denn ein „weiter so“ kann es tatsächlich nicht geben und darin ist der EU-Kommission und Barroso ausdrücklich zuzustimmen. Viele der vorgestellten Maßnahmen und Ziele ist nur zuzustimmen, wie das es 2020 um 20 Millionen Menschen weniger geben soll, die in Europa in Armut leben. Hervorhebenswert ist weiters, dass erstmalig Nachhaltigkeit tatsächlich als Motor für Wachstum und Innovation gesehen wird und als Lösungsparadigma auftritt.

Bei allen vorgeschlagenen Maßnahmen bleibt der entscheidende Aspekt aber außen vor, jener Aspekt, ohne den es nicht gelingen wird, auch nur ansatzweise die teilweise sehr ambitionierten Ziele zu erreichen: Der

Bürger. Ihm wird lediglich eine drittel Seite im Bericht gewidmet, wo er im besten Technokraten-sprech adressiert wird: Es soll ein „Werkzeugkasten“ geschaffen werden, um ihn, den Bürger, von der Notwendigkeit der vorgestellten Reformen „kommunikativ“ zu überzeugen. Da spricht die Angst vor dem Bürger als Souverän wie auch seine Geringschätzung. Ohne Empowerment des Bürgers als Souverän wird die ganze Strategie wenig taugen und nicht realisierbar sein. Damit geht einher, dass die Medien in Europa erodieren und selbst galoppierend an Glaubwürdigkeit wie Reichweite verlieren. Ohne Medien wird es daher auch nicht gehen. Auch diese kommen im Bericht nicht vor.

Und hierin liegt auch das Hauptproblem in der EU, was auch zahlreiche Meinungsumfragen wie jüngst von der Bertelsmann-Stiftung, wonach 70% der Bürger nicht mehr den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft vertrauen, unterlegen: Die klüngelhafte bis hin nepotistische Elite in Europa ist der eigentliche Bremsfaktor. Die soziale Durchlässigkeit und damit Innovationskraft ist kaum mehr gegeben. Konsequenterweise verabschiedet sich der Bürger und vertraut dieser Elite nicht mehr. Der Weg dorthin ist klar: Es braucht eine starke Bürgergesellschaft und starke, unabhängige Medien und einen strukturierten Reform- und Transformationsprozess für die Schaffung einer Elite, die wieder europäisch und demokratisch denkt und handelt.

Downloadlink (klicken Sie einfach darauf) zum EU-Bericht > <http://bit.ly/9q5kUJ> ■



**CHRISTIAN NEUGEBAUER,
HERAUSGEBER**

Jeder 20.te Job ist ein grüner Job

Das DIW-Berlin hat sich den "grünen" Arbeitsmarkt angeschaut und bestätigt zahlreich andere Untersuchungen aus: Klima- und Umweltschutz schaffen Jobs.

Wirtschaftswachstum und Klima- und Umweltschutz sehen nur mehr hartleibige Ideologen im Gegensatz zueinander. Mit der ökonomischen Wirklichkeit hat dies längst nichts mehr zu tun.

Das DIW Berlin hat jetzt nachgerechnet – und die seine aktuelle Untersuchung zum "grünen" Arbeitsmarkt vorgelegt: Der Umwelt- und Klimaschutz hat schlicht und ergreifend ein hohes Beschäftigungspotential in Deutschland. Laut einer aktuellen Studie des DIW Berlin waren im Jahr 2006 bereits 1,8 Millionen Beschäftigte direkt und indirekt für den Umweltschutz tätig. Mit einem Anteil von 4,5 Prozent aller Erwerbstätigen ist der Umweltschutz damit auch in der aktuellen Wirtschaftskrise ein bedeutender und stabilisierender Faktor für den gesamten Arbeitsmarkt. Ein erheblicher Teil des Beschäftigungswachstums ist dabei auf die dynamische Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien zurückzuführen. Ob sich dieser Trend fortsetzen wird, hat aktuell die Politik in der Hand, der es irgendwie nicht schmeckt, dass sich grüne Jobs entwickeln.

In der vorliegenden Studie haben die Ökonomen auch "neue" umweltorientierte Dienstleistungen in ihrer Analyse berücksichtigt. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Dienstleistungen im Energie- und Gebäudemanagement, umweltorientierte Finanzdienstleistungen, Dienstleistungen im Ökotourismus und umweltfreundlichere Mobilitätsdienstleistungen

Und auch hier die Bilanz erfreulich: Auf umweltorientierten Dienstleistungen entfallen mittlerweile mehr als eine Million Arbeitsplätze in Deutschland, das entspricht rund zwei Drittel aller Beschäftigten im Umweltschutz. "Inzwischen sind die Umweltschutzdienstleistungen von größerer Bedeutung als die Warenproduktion", sagte Dietmar Edler.

Siemens Energy baut in Italien PV-Anlage

Siemens Energy freut sich über seinen bisher größten Auftrag in Sachen Photovoltaikanlagen in Europa.

Siemens Energy und der norwegische Energieversorger Statkraft haben einen Vertrag über den Bau von Solaranlagen in Italien unterzeichnet.

Mit einer Gesamtleistung von 40 Megawatt (MW) ist dies der bislang größte Photovoltaik (PV)-Rahmenvertrag, den Siemens in Europa erhalten hat. Siemens übernimmt das Engineering sowie das Projektmanagement und errichtet die PV-Anlagen schlüsselfertig. Bereits im Frühjahr 2010 soll die erste Solaranlage aufgebaut werden. Nach der Netzanbindung Ende 2010 sollen die Sonnenkraftwerke rund 14.000 italienische Haushalte mit umweltfreundlichem Strom versorgen.

„Nachdem wir für Statkraft bereits das PV-Projekt Casale in der Provinz Latina erfolgreich abgewickelt haben, setzen wir jetzt unsere Zusammenarbeit mit weiteren Solar-Projekten in Italien fort“, sagte René Umlauf, CEO der Renewable Energy Division bei Siemens.

Photovoltaik-Anlagen sind Teil des Siemens-Umweltportfolios, mit dem das Unternehmen im Geschäftsjahr 2009 einen Umsatz von rund 23 Mrd. EUR erwirtschaftete. Das macht Siemens zum weltweit größten Anbieter von umweltfreundlicher Technologie. Kunden haben mit entsprechenden Produkten und Lösungen des Unternehmens im selben Zeitraum 210 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart, das ist so viel wie New York, Tokio, London und Berlin in Summe an CO₂ jährlich ausstoßen.

2020 50% der Autos mit Elektroantrieb

Eine aktuelle Studie der Unternehmensberatung Bain & Company zeigt, dass es bereits heute einen Markt für jährlich 100.000 Elektrofahrzeuge allein in Europa und 350.000 weltweit gibt, der keine aufwendige Infrastruktur durch E-Tankstellen benötigt.

In zehn Jahren, so das Basisszenario einer Hochrechnung der Unternehmensberatung, wird die Hälfte aller neu gebauten Fahrzeuge einen Elektroantrieb besitzen, sei es als rein batteriebetriebenes E-Auto, als so genannter Range Extender mit zusätzlichem Stromgenerator oder als Hybrid. Die Batterie, die das E-Auto heute noch teuer macht, wird durch die Kostensenkungseffekte der Massenproduktion bis zum Jahr 2020 nur noch rund ein Drittel kosten.

Diese Entwicklung wird vor allem durch die steigende Nachfrage der Kunden beschleunigt, die vom emissionsfreien und lautlosen Fahren begeistert sind. Die typischen Erstkunden besitzen bereits ein Premiumfahrzeug. Sie nutzen das E-Auto als Stadtwagen und akzeptieren das derzeitige Preisniveau sowie den Stand der heutigen Technik. Wenn sie diesen neuen Megatrend hin zur Elektromobilität als Chance erkennen und wahrnehmen, haben die deutschen Hersteller eine gute Ausgangslage, um sich am E-Fahrzeugmarkt mit Premiumangeboten für die anspruchsvolle Käuferschicht zu etablieren.

Die Käufer dieser ersten noch sehr teuren Autos gehören den oberen Einkommensschichten an und besitzen bereits ein Premiumfahrzeug mit einem Neuwagenpreis von durchschnittlich 60.000 Euro. Sie würden das E-Auto als Zweit- oder Drittwagen kaufen, in der heimischen Garage laden und die Reichweitenbeschränkung der Batterie auch ohne eine Stromtankstelleninfrastruktur akzeptieren.

Einige der großen Automobilhersteller wollen noch in diesem Jahr erste E-Autos auf den Markt bringen, die nach Großserien Gesichtspunkten entwickelt und produziert werden. Es sind der französische Hersteller PSA mit dem Citroën C-Zero, die japanischen Unternehmen Mitsubishi mit dem i-MiEV und Nissan mit dem Leaf sowie der chinesische Hersteller BYD mit dem e6s. General Motors wird mit dem Chevrolet Volt

ein ganz neues Elektrofahrzeugkonzept einführen, das sich Range Extender nennt. Der Range Extender ist ein Elektrofahrzeug für die tägliche Mobilität bis zu 60 Kilometer. Zusätzlich hat dieses Auto einen kleinen Verbrennungsmotor, der direkt Strom für eine Reichweite bis 400 Kilometer erzeugt.

CleanTechMedia-Award 2010 ausgeschrieben

Die Bewerbung für den Clean Tech Media Award 2010 ist eröffnet. Gesucht und prämiert wird die besten Umwelttechnologien Deutschlands.

Der Preis wird heuer zum dritten Mal verliehen und die letztjährige Veranstaltung hat ja einige Kritik auf den Plan gerufen. Man wird sehen, ob die Veranstalter hier neue Akzente setzen wollen (s.h. Bericht auf Glocalist Daily News > <http://www.bit.ly/wESoC>).

"Wir wollen dazu beitragen, dass mehr junge Menschen sich auch für Wissenschaft und Unternehmertum begeistern. Deshalb bietet der Clean Tech Media Award den Machern umweltfreundlicher Technologien eine große Bühne und verschafft Ihnen die Aufmerksamkeit, die sie verdienen." führt Marco Voigt den Anspruch aus.

Ob dies gelingt wird am 16. September 2010 gezeigt werden. An diesem Tag sollen die innovativsten Pioniere der Umwelttechnologien in den Kategorien Energie, Kommunikation, Mobilität, Nachwuchs und Lebensstil ausgezeichnet werden. Die Preisverleihungsgala wird am Flughafen Tempelhof stattfinden.

Ab sofort können sich Unternehmen, Projekte oder Einzelpersonen für den Clean Tech Media Award bewerben oder von Branchenkennern vorgeschlagen werden. Die Preisträger werden unter den Bewerbern von einer namhaft besetzten, unabhängigen Jury ermittelt. Der Countdown läuft bis zum 15.5.2010. Alle Informationen und die Teilnehmerunterlagen sind unter > <http://www.cleantech-award.de> ■

Exklusiv: OB Dr. Peter KURZ (Mannheim) über Nachhaltigkeit

Lesen Sie die Ausführungen von Mannheims Oberbürgermeister Dr. Peter KURZ zum Thema "Nachhaltigkeit" im Austausch mit Christian Neugebauer (Herausgeber Glocalist Medien).

In dieser losen Serie wurden bisher Interviews zum Thema Nachhaltigkeit die Oberbürgermeister der Städte Berlin, Potsdam, Köln, Wuppertal, Nürnberg, Stuttgart Kiel und München publiziert.

Glocalist: Was ist Ihr persönlicher Begriff von Nachhaltigkeit?

Kurz: Nachhaltigkeit ist für mich zwangsläufig ein entscheidendes Kriterium guter Kommunalpolitik. Sie ist durch ihr Instrumentarium, nämlich Investitionen und Gestaltung von Strukturen, auf langfristige Effekte angelegt. In Mannheim stehen eine nachhaltige Stadtentwicklung und die soziale Integration im Fokus, die wir vor allem durch Bildungsgerechtigkeit erreichen wollen.

Glocalist: Wohin soll Ihrer Meinung nach der Begriff Nachhaltigkeit konzeptuell weiterentwickelt werden

Kurz: Bildungsgerechtigkeit und soziale Integration durch Bildung sollten bei der Betrachtung des Begriffs Nachhaltigkeit unbedingt eine größere Rolle spielen. Überlegungen zur sozialen Nachhaltigkeit beschränken sich bisher weitestgehend auf Sicherung der Grundbedürfnisse, Armutsbekämpfung und Generationengerechtigkeit. Das Ziel der sozialen Nachhaltigkeit ist letztlich die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Für mich ist Bildung der Schlüssel zu politischer und gesellschaftlicher Teilhabe, sie erhöht die Chancengleichheit und schafft ein Bewusstsein für kulturelle Vielfalt. Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ geht hier in die richtige Richtung. Nur gut ausgebildete junge Menschen entwickeln ein Verständnis für ökologische, ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge, und sind offen für einen nachhaltigen Lebensstil. Qua-

lifizierte Menschen stärken die gesellschaftliche und wirtschaftliche Innovationskraft einer Region, und eröffnen damit Zukunftsperspektiven und Entwicklungsspielräume.

Glocalist: Welche Maßnahmen setzt die Stadt Mannheim zur Realisierung von CSR (Corporate Social Responsibility) und Nachhaltigkeit in Zukunft?

Kurz: 2009 haben wir sieben strategische Ziele festgelegt, an denen das Verwaltungshandeln ausgerichtet sein wird. Wir wollen unter anderem Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland sein, und tolerantes Zusammenleben sowie bürgerschaftliches Engagement stärken. Die Mannheimer Bürgerschaft ist bereits jetzt an vielen Projekten beteiligt, so zum Beispiel bei EKI, dem Entwicklungskonzept Innenstadt, oder an den Planungen zum Ausbau der Stadtbahn im Mannheimer Norden. Für Kinder bieten wir seit sieben Jahren das „Agenda-Diplom“ an, das sich spielerisch mit dem Thema Nachhaltigkeit befasst. Ebenfalls 2009 haben wir unsere Klimaschutzkonzeption 2020 vorgestellt, die 60 Maßnahmen für den Klimaschutz in Mannheim enthält. Zentrales Thema der nächsten Jahre wird in Mannheim mit Sicherheit die geplante Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt werden. Kultur im Sinne der Kulturhauptstadt ist ein Stadtentwicklungsprozess, der alle Bereiche des gemeinschaftlichen Zusammenlebens umfasst. Bildung, Integration und soziale Gerechtigkeit spielen bei der Bewerbung eine zentrale Rolle. Kultur in diesem weit



gefassten Sinn ist der Schlüssel für die Zukunft, und damit das nachhaltige Projekt schlechthin.

Glocalist: *Wie sehen Sie die Frage "CSR - freiwillig oder per Gesetz?"?*

Kurz: CSR ist gegenwärtig so definiert, dass nachhaltiges Handeln auf Freiwilligkeit basiert. Nachhaltigkeit kann nicht verordnet werden, sondern sie muss Bestandteil der Gesell-

schaft sein. Allerdings ist darauf zu achten, dass die zahlreichen Anstrengungen und Initiativen zur nachhaltigen Entwicklung auf ein starkes Fundament zu stellen sind. Hier sind Kommunen, Land und Bund gemeinsam gefordert, Anreize zu schaffen. Im Verbund mit der Metropolregion Rhein-Neckar konnten wir 2008 etwa den größten Freiwilligentag Deutschlands entwickeln. Auf diesem Weg müssen Prioritäten festgelegt, konkrete Maßnahmen entwickelt, Verantwortlichkeiten bestimmt, Kennzahlen vereinbart und überprüft werden. Nur auf diesem Weg erhält man die langfristig tragfähigen Konzepte, die wir für eine nachhaltige Entwicklung brauchen. Insofern halte ich bei CSR den Weg der freiwilligen Selbstverpflichtung für opportun.

Glocalist: *Abseits nun der politischen Machbarkeit; was würden Sie sich in Bezug auf Nachhaltigkeit wünschen, welche sind Ihre Visionen?*

Kurz: In Bezug auf Nachhaltigkeit wünsche ich mir, dass sie unbedingt innerhalb des politisch Machbaren weitergedacht und vorangetrieben wird. Natürlich müssen Visionen entwickelt werden, aber gerade bei der Nachhaltigkeit, wo auch der Zeitaspekt eine Rolle spielt, darf man nicht nur Luftschlösser bauen, sondern muss sich bei allen Plänen am Möglichen orientieren und auf Umsetzbarkeit achten. Eine nachhaltige Entwicklung erfordert die Offenheit von Politik, Verwaltung und Gesellschaft, neue Wege in der Zusammenarbeit zu gehen, um die langfristige Perspektive verfolgen zu können. Wird diese Offenheit von allen gelebt, ergeben sich Entwicklungsspielräume innerhalb der politischen Machbarkeit, in denen sich Visionen von nachhaltiger Entwicklung verwirklichen lassen. In Mannheim ist diese Offenheit in Politik, Verwaltung und Bürgerschaft gegeben, und wir versuchen, unsere Idee von nachhaltiger Stadtentwicklung, sozialer Integration und wirtschaftlicher Prosperität gemeinsam zu verwirklichen.

Glocalist: *Vielen Dank für Ihre Zeit.* ■

Serie: Alles über Bio-Kaugummi

Die Glocalist Medien stellen in einer sechsteiligen Serie mit den Bio-Kaugummi Experten von Chicza alles Wissenswertes über Bio-Kaugummi vor. Lesen Sie heute den ersten Teil über den ökologischen Hintergrund von Bio-Kaugummi. Diese Serie ist eine Medienkooperation zwischen Chicza und Glocalist Medien.

Was ist Bio Kaugummi?

Bio Kaugummi wird nicht mehr wie herkömmliche Kaugummis aus Erdöl basierenden Polymeren hergestellt sondern ist zu 100% aus nachwachsenden und biologischen Rohstoffen hergestellt. Es ist zu 100% biologisch abbaubar und klebt nicht wie ein konventionelles Kaugummi auf unseren Straßen, Polstermöbeln und Kleidungsstücken. Es ist in sofern gesund, als das keine chemischen oder raffinierten Inhaltsstoffe enthalten sind. Rein natürliche Süßungsmittel, wie Agavensirup, Traubenzucker und Rohrzuckersaft, sowie natürliche Aromen von Pfefferminze, wilder Minze und Limone bilden die einzelnen Bestandteile. So schonen wir nicht nur unsere Umwelt hier bei uns vor Ort sondern schützen den letzten Regenwald Mexikos durch nachhaltige Bewirtschaftung. Wir möchten Ihnen nun das Thema Bio Kaugummi in einigen Artikeln näher bringen und Sie in die Welt der Regenwälder Mexikos entführen, um zu zeigen wie einfach Nachhaltigkeit, Umweltschutz und fairer Handel zu vereinen sind.

Ökologischer Hintergrund

Chicza: Aus dem Herzen des mexikanischen Regenwaldes, ein leckerer Bissen innovativer Umweltschutzstrategie zum Kauen. Große Ausläufer des tropischen Regenwaldes im Südosten Mexikos verschmelzen mit denen von Guatemala, Belize, Honduras und Nicaragua und formen den Gran Petén, den zweitgrößten Regenwald Amerikas nach

Amazonien. Anders als in anderen Regionen Mexikos, wo bis zu 80% des früheren Regenwaldes durch Siedlungen, Viehzucht und Ackerbau verloren gingen, haben hier die Regenwälder nicht nur überlebt, sondern sie entwickeln sich sogar. Sie bedecken 1,3 Millionen Hektar in den Staaten Quintana Roo, Campeche und Yucatán.

Diese Regenwälder bezeugten bereits den Auf- und Untergang der Maya-Kultur. Sie sind Heimat des Jaguars und einiger der am meisten diversifizierten Ökosysteme unseres Planeten. Entgegen dem weit verbreiteten und lückenhaften Konzept des herkömmlichen Naturschutzes, liegt der Schlüssel zum Erhalt dieser Regenwälder nicht in der Abwesenheit des Menschen. Ganz im Gegenteil, gerade die Anwesenheit der Gemeinschaften, die den Urwald bewusst nachhaltig bewirtschaften, erklärt in deren Heimatregionen den Fortbestand des einzigartigen Überflusses der Natur.

In den Maya Regenwäldern sind es die so genannten chicleros, kräftige Männer, die den Latex von den Chicozapote-Bäumen zapfen, eine der dominierenden Pflanzenarten dieser Regenwälder. Sie haben sich in einer großen und effizienten Kooperative organisiert, um aus dem Saft der Bäume chicle zu produzieren, ursprünglich die Grundzutat für eines der beliebtesten Produkte der Welt: Kaugummi.

Chicle wird gewonnen, in dem man den flüssigen Latex durch Kochen dehydriert,



bis daraus eine klebrige Paste wird. Diese wird dann gezogen, geknetet und zu rechteckigen Ziegeln geformt, die beim Abkühlen aushärten. Hunderte Tonnen dieser Gummimasse werden jedes Jahr in die ganze Welt exportiert und nur den besten Kaugummiorten beigesetzt, allerdings in geringen Mengen. Andere gewöhnliche und weit verbreitete Kaugummi haben in ihrer Mixtur gar kein natürliches chicle mehr. Es wurde durch nicht biologisch abbaubare petrochemische Polymere ersetzt.

Vor fünf Jahren entwickelten die chicleros ein neues Projekt um die Rohzutat chicle in seiner reinsten und natürlichsten Form, als Kaugummi, an den Konsumenten zu verkaufen. Dadurch gewinnt ihr chicle an Wert und gleichzeitig haben sie damit einen Weg gefunden, ihren Regenwald besser zu schützen. Nach einer unglaublichen Reise bestimmt durch Solidarität, Mut und Ausdauer präsentieren sie der Welt jetzt Chicza, ein 100% natürliches, biologisch abbaubares und zertifiziert biologisches Produkt.

Chicza ist nicht nur ein qualitativ sehr hochwertiges Kaugummi, sondern auch ein herausragendes Beispiel für Nachhaltigkeit, aktiven Regenwaldschutz und fairen Austausch zwischen Mensch und Natur. Dieses nachhaltige Konzept geht über die Produktion des Kaugummis hinaus und zieht sich durch den gesamten Weg der Distributionskette bis zum Endkunden, um die biologische Abbaubarkeit zu komplettieren. Auf etwas zu

kauen, das aus dem Herzen des Regenwalds kommt, ist eine aufschlussreiche Erfahrung. Nichts ist der Essenz und dem Geist der Lungen unserer Erde je näher gekommen.

Web > www.chicza.com/german/index.html

(Serie "Alles über Bio-Kaugummi" ist eine Medienkooperation zwischen Chicza und Glocalist Medien. Teil II erscheint im April. Was ist eine Medienkooperation? > www.glocalist.com/impressum/).

E.ONs Investitionen – ein Risiko für das Klima?

Germanwatch und die Klima-Allianz kritisieren kräftig die von E.ON geplanten Investitionen in neue Kohlekraftwerke. Ein Risiko für das Klima und die Aktionäre lautet ihr Vorwurf.

Wie kein anderer Energiekonzern setzt E.ON in Deutschland weiter auf klimaschädliche Investitionen in neue Kohlekraftwerke. Entgegen dem allgemeinen Trend will E.ON auch in den nächsten Jahren gleich an vier Standorten neue klimaschädliche Steinkohlekraftwerke bauen, fasst Germanwatch seine Kritik zusammen.

"Der heute (10.3., Anm. d. Red) veröffentlichte E.ON-Geschäftsbericht 2009 verschleiert nicht nur die Verantwortung des Unternehmens für den Klimawandel, sondern auch zentrale Unternehmensrisiken", sagt Sven Harmeling von Germanwatch, einem Mitglied der Klima-Allianz. "Neue Kohlekraftwerke blockieren die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien. Sie sind klimapolitisch nicht zu verantworten. Zudem sind die wirtschaftlichen Risiken des Neubaus von Kohlekraftwerken für die Aktionäre erheblich." Hierauf haben bereits zahlreiche Studien aufmerksam gemacht, darunter zuletzt eine Studie der WestLB und eines von Germanwatch geleiteten Forschungskonsortiums.

"Während andere Konzerne sich zunehmend vom Neubau von Kohlekraftwerken verabschieden, setzt E.ON seine fossile Investitionspolitik mit dem Bau von vier Kraftwerken unbeirrt fort", erklärt Elias Perabo von der Klima-Allianz, einem breiten gesellschaftlichen Bündnis aus insgesamt über 100 Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Kirche, Verbraucherschutz und Gewerkschaften.

Hohe Verluste für Energiekonzern GDF Suez

Allein in den letzten 12 Monaten wurden in Deutschland bereits sieben Kohlekraftwerkprojekte gestoppt. Erst letzte Woche musste der Energiekonzern GDF Suez einen Verlust von 113 Millionen Euro abschreiben, nachdem die Pläne für den Bau eines Kohlekraftwerkes in Stade auf Grund von Protesten und juristischen Schwierigkeiten gescheitert waren. "Kohlekraftwerke sind weder wirtschaftlich noch politisch in Deutschland durchsetzbar", so Perabo. "Bei einem endgültigen Baustopp für das E.ON-Kohlekraftwerk in Datteln würde dem Konzern ein Verlust von über einer Milliarde Euro entstehen."

Das in Datteln geplante Kraftwerk ist das größte momentan im Bau befindliche Steinkohlekraftwerk Europas. Mitte September letzten Jahres hatte das Oberverwaltungsgericht Münster den Baustopp für das E.ON-Megakraftwerk verhängt. Daneben plant E.ON neue Kohlekraftwerke in Stade, Staudinger/Großkrotzenburg und Wilhelmshaven.

"Wer etwas für den Klimaschutz tun will und gleichzeitig nicht den Kohle-Irrweg von E.ON mitfinanzieren möchte, sollte deshalb so schnell wie möglich zu einem Ökostrom-Anbieter wechseln", rät Harmeling. "Zahlreiche Anbieter bieten bereits Strom aus 100 Prozent Erneuerbaren an. Bei E.ON sind es - zieht man die längst abgeschriebenen Wasserkraftwerke ab - weniger als ein Prozent."



zeit unserer Kernkraftwerke in Deutschland zu verlängern und sind an Projekten zum Bau neuer Kernkraftwerken in mehreren europäischen Ländern beteiligt.", führt E.On seinen Standpunkt aus.

Somit kommen 2009 lediglich 13 % der Stromerzeugung aus dem Bereich erneuerbare Energie. Dieser Anteil wird vermutlich, was die Angabe der Investitionen betrifft, deutlich sinken. Geplant ist jedoch die Anhebung auf rund ein Drittel der gesamten Energieerzeugung (Seite 15). Wie dies zusammengeht, bleibt die spannende Frage. Nicht zu verwechseln mit der von E.On geplanten Reduktion der CO₂ Werte pro kW. Es stehen neben dem Ausbau der erneuerbaren Energie auch der Bau neuer Kernkraftwerke und die Investition von Milliarden in Kohle- und Gaskraftwerke am Plan, so der E.On Geschäftsbericht. D.h es erfolgt die CO₂ Reduktion nicht nur aus dem Ausbau regenerativen Energiequellen, sondern auch durch den Bau von mehr Kernenergie. Da wird wohl der Teufel mit dem Belzebug ausgetrieben. ■

Hintergrund

Im E.On Geschäftsbericht steht im Kapitel "Strom und Gas" der Energiemix des Konzerns beschrieben. (Seite 10/11): "In unserem Geschäft zählen Größe und ein breiter Energiemix." Der Energiemix wird auf der Seite 11 unter der Überschrift "Strom" dann wie folgt beschrieben: "... Darüber hinaus verfügen wir über eines der breitesten und ausgewogensten Erzeugungsportfolios unserer Branche. Demnach entfallen zum Jahresende 2009 von der gesamten Erzeugungskapazität 38 Prozent auf Erdöl/Erdgas, 34 % auf Kohle, 15 Prozent auf Kernenergie, 7 Prozent auf Wasserkraft und 6 Prozent auf Windenergie sowie weitere Erneuerbare Energien. [...] und bauen die weltweit klimafreundlichsten Gas- und Kohlekraftwerke. Darüber hinaus bereiten wir uns darauf vor, die Lauf-

3. Antiatom-Schulwettbewerb Österreich

Gesucht: Innovative Ideen unter dem Motto "Atommüll – strahlend Aussichten?!"

"Atommüll - strahlende Aussichten?!" lautet das Motto des dritten Antiatom-Schulwettbewerbs, bei welchem die Ideen und Konzepte von SchülerInnen der 5.-13. Schulstufe (österreichweit) gefragt sind. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt und die innovativsten Projekte werden am 20. Mai in Linz mit tollen Preisen prämiert. Wie jedes Jahr unterstützen die Glocalist Medien diesen Aufruf zum Wettbewerb.

Mit diesem Wettbewerb will der Verein "Antiatom Szene" bewusst machen, dass Atomkraft nicht hält, was die Atomlobby verspricht, sondern diese den nächsten Generationen ein schmutziges Erbe - den Jahrtausende strahlenden Atommüll - bescheren wird.

Besonderer Wert wird seitens der Fachjury in der u.a. Alexander Van der Bellen, der Antiatom-Beauftragte des Landes Oberösterreich Radko Pavlovec, Dr. MinR Günther Pfaffenwimmer und Sänger Manuel Normal vertreten sind, auf die konstruktive Herangehensweise und das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten im Bereich Erneuerbare Energie und Energiesparen gelegt.

Solange der Vorrat reicht erhält jede angemeldete Schulklasse kostenlos das Antiatom-Brettspiel "NUKE STOP", welches die Thematik auf spannende und altersgerechte Art und Weise vermittelt.

Eine Wettbewerbsbroschüre, sowie das "Atommüll-Special" auf

www.antiatomszene.info liefern den SchülerInnen weitere wichtige Informationen für die Erstellung ihrer Antiatom-Projekte, welche in elektronischer Form eingereicht werden sollen.

Der Antiatom-Schulwettbewerb wird unterstützt von: OÖ Antiatom Offensive, OÖ Nachrichten, AAE, Volkstheater, Technisches Museum Wien, Windkraft Simonsfeld, ÖBB, Naturhistorisches Museum, Die Grünen OÖ, Die Grünen Wien, Vega Nova, Haus der Natur, EZA, Sternwind, Jagdmärchenpark Hirschalm, Solarier, Glocalist Medien und Event4You. Einsendeschluss ist der 28. April 2010.

Kontakt&Info:

Elvira Pöschko
Tel: 0043-650-666 0065,

office@antiatomszene.info

www.antiatomszene.info ■



Der Kiwanis Club Stuttgart stiftet 2010 den

2. Stuttgarter Kiwanis Preis

für bürgerschaftliche Kinderhilfsprojekte.

Die Idee

Das Motto des weltweit tätigen Kiwanis Clubs lautet „Serving the Children of the World“. Vor diesem Hintergrund initiiert der Kiwanis Club Stuttgart einen regionalen Wettbewerb und lobt dabei im 2 – jährigen Rhythmus jeweils insgesamt € 10.000,00 für die Teilnehmer des Wettbewerbs aus. Die Preisgeldsumme wird aufgeteilt in

€ 5.000,00 für den Stuttgarter Kiwanis Preis

€ 3.000,00 für den 2. Platz der Finalisten

€ 2.000,00 für den 3. Platz der Finalisten.

Das Ziel

Der 1. Stuttgarter Kiwanis Preis 2008 fördert freiwillig-soziales und nachhaltiges Engagement für Kinder und Jugendliche. Prämiert wird besonderes Engagement, wenn das bürgerschaftliche Hilfsprojekt folgende Kriterien ganz oder überwiegend erfüllt:

1. Der oder die Bewerber sind Initiatoren eines Kinderhilfsprojekts im Großraum Stuttgart und betreuen dieses Projekt mit Nachhaltigkeit, das heißt über einen längeren Zeitraum.
2. Der oder die Bewerber handeln auf eigene, private Initiative, und nicht im Namen einer öffentlichen Einrichtung.
3. Die angebotene Hilfe oder Unterstützung richtet sich an Kinder und Jugendliche die überwiegend unter 18 Jahre alt sind.
4. Für den Fall des Gewinns kann der oder die Bewerber nachweisen, dass die Preisgeldsumme unmittelbar zum Wohle der Kinder eingesetzt wird.

Zu den Bewertungskriterien zählen der Umfang des Engagements, die mögliche Schaffung von Netzwerken, die Kommunikation und Transfermöglichkeiten der Idee und deren gesellschaftliche Wirkung. Innovative Ideen und Projekte werden bei der Entscheidungsfindung gegenüber bekannten Hilfsangeboten bevorzugt, allerdings spielt auch die erwähnte Nachhaltigkeit eine große Rolle.

Serie


Start-ups der Nachhaltigkeit (Teil III)

Es dürfte gerade eine Gründerinnen- und Gründerwelle durch Deutschland und Österreich rollen. Die Glocalist Medien haben über ihre Tages-Online-Zeitung für Nachhaltigkeit einen „Open Call“ gestartet, um Start-ups der Nachhaltigkeit vorzustellen. Die Resonanz war überwältigend, weshalb wir uns entschlossen haben, daraus eine Serie zu gestalten. In jeder Serie sollen jeweils nur zwei Start-ups der Nachhaltigkeit mit ihren eigenen Worten präsentiert werden.

doch deutliche Unterschiede in den jeweiligen Herausforderungen und Problemen, die Start-ups der Nachhaltigkeit in Österreich und in Deutschland zu matchen haben, festgestellt.

Das Hauptproblem in Österreich dürfte sein, nach zahlreichen Gesprächen mit österreichischen Start-ups, die österreichische Klügel- und Freunderlwirtschaft und die oft parteipolitische motivierte Gewährung bzw. Nichtgewährung von staatlichen Subventionen und Unterstützungen sowie die „Schmutzkonzurrenz“ durch staatsnahe bzw. der Sozialpartnerschaft nahe stehenden Organisationen, die einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb verzerren.

In Deutschland stellt sich als Hauptherausforderung im Zugang zu Gründungskapital und die restriktive Kreditpolitik von Banken gegenüber Kleinunternehmen dar sowie die Herausforderung Marktkommunikation: Um sich auf dem deutschen Markt zu etablieren, braucht es hinreichende Marketing- und Werbebudgets, die für ein Start-up kaum aufzubringen sind. Auch ist eine überbordende Unübersichtlichkeit der jeweiligen Förderungsmaßnahmen gegeben, aber, was erstaunen mag, gibt es zahlreiche Venture Capital und Incubator Gesellschaften auf privatwirtschaftlicher Ebene, die den Start-ups weitgehend unbekannt sind und umgekehrt. Hier gibt es ein deutliches Matchingproblem: Venture Capital Organisationen und Incubators suchen verzweifelt nach Investitions-



Wir wollen so eine fokussierte Bühne bieten, die entsprechend dem Bühnencharakter den ein oder anderen Glanzcharakter vorträgt: Es geht darum den mutigen Schritt, ein Unternehmen der Nachhaltigkeit in Zeiten der Wirtschaftskrise zu belohnen und vor den Vorhang zu bitten.

Wir waren auch von der Vielfalt und dem Engagement positiv überrascht, konnten aber in den zahlreichen Gesprächen auch die Probleme erfahren, mit welchen diese Start-ups aktuell kämpfen. Hier haben wir

möglichkeiten und Start-ups suchen verzweifelt nach Kapital und Beteiligungen.

Vergleicht man die Problemlagen in Deutschland und Österreich, so scheinen jene in Deutschland eher lösbar zu sein als jene in Österreich, denn im Falle Österreich rührt es an den politischen Establishment- und Entscheidungsstrukturen.

In Summe aber ein positives Bild, denn es gibt offensichtlich eine vitale Gründerinnen- und Gründerszene sowohl in Österreich als auch in Deutschland. Und das stimmt für eine Wende zur Nachhaltigkeit positiv.

Abschließend ein Wort zur Auswahl: Sicher ist die Auswahl subjektiv und auch von Zufällen geprägt. Es mag und wird sicher noch weit mehr positive Beispiele von Start-ups der Nachhaltigkeit in Deutschland und Österreich geben: Wir werden versuchen diese zu finden, ersuchen aber auch unsere Leserinnen und Leser Start-ups in ihrem Umfeld von dieser Maßnahme der Glocalist Medien zu informieren, damit Start-ups der Nachhaltigkeit ihre verdiente Bühne finden. Die Auswahl und Vorstellung stellt auch keine Empfehlung der Glocalist Medien dar, sondern will auf Potentiale und Möglichkeiten aufmerksam machen: Mehr kann man nicht verlangen, weniger darf man nicht fordern.

Im ersten Teil (Glocalist Review 259) wurden vorgestellt: „WeGreen“ und „Trennungswege“.
In Teil II der Serie (Glocalist Review 260) echo e.V. – die globale Agora und wadi – solare Trinkwasserdesinfektion.

Im vorliegenden Teil III stellen wir vor: toodot (Hamburg) vorstellen. ■

Die Spielregeln

Sie haben ein Start-up der Nachhaltigkeit gegründet oder kennen eines? Die Einreichfrist ist jeweils wöchentlich der Donnerstag. Die Glocalist Medien-Medien für Nachhaltigkeit wollen wieder Start-ups der Nachhaltigkeit vorstellen – völlig kostenfrei, um die Wende zur Nachhaltigkeit zu unterstützen.

Sie haben - ob als Einzelunternehmen, UG, GmbH, AG, Verein, Stiftung oder Genossenschaft – ein Start-up der Nachhaltigkeit gegründet. Im Fokus stehen Produkte oder Dienstleistungen, die einen Beitrag für die Wende zur Nachhaltigkeit leisten. Alle Start-ups mit Gründungsdatum – als Richtwert – ab 30. August 2009 sind dazu eingeladen.

Stellen Sie Ihr Start-up - völlig kostenfrei - im Glocalist Review vor: Senden Sie uns Ihre Eigendarstellung. Dazu schlagen wir folgenden Aufbau vor: Motivation/Grundidee, Ihr Verständnis von Nachhaltigkeit, das Produkt/die Dienstleistung und sein/ihr Beitrag zur Nachhaltigkeit, status quo und Ausblick sowie Angabe Kontaktbox mit Name, Anschrift, Mail und Webadresse) als word.doc mit min. 7.000 Zeichen und max. 7.500 Zeichen inkl. Leerzeichen, Logo oder Bildmaterial als jpg. Redaktionsschluss jeweils der Donnerstag der Woche.

Die aussagekräftigsten Beiträge werden ausgewählt und im wöchentlichen E-Journal für Nachhaltigkeit "Glocalist Review" publiziert (Rechtlicher Hinweis: Es besteht kein Rechtsanspruch auf Publikation noch wird in bar abgelöst. Mit Zusendung garantieren Sie, dass Sie für Ihren Text/Bild über alle Rechte verfügen und räumen den Glocalist Medien das Recht ein, kostenfrei Ihren Text und Bilder zu publizieren. Weitere Autoren- und Urheberrechte verbleiben bei Ihnen).

Rückfragen nur per E-Mail > office@glocalist.com

Keine Wegwerfwaren sondern Wegbegleiter.

toodot[®]

*toodot produziert
Kleidung die wir bisher
vermisst haben: Sauber
produzierte, zeitlos
schöne Basics.*

Toodot, das sind Wiebke Hövelmeyer, Mathias Ahrberg und Simon Strotmann. Wir arbeiten seit mehreren Jahren in der neuen, grünen Modeszene. Mal vor, mal hinter, mal in den Kulissen. Die Auswahl an korrekt produzierter Kleidung nimmt stetig zu. Neue Labels mit neuen Ideen, Designs und Styles werden gegründet und schaffen eine Heterogenität der Biobaumwoll-Szene, die vor wenigen Jahren noch als utopisch durch gewunken worden wäre.

Doch bei all den schönen Sachen, etwas fehlte uns nach wie vor: Schlichte Kleidung.

Unaufgeregte Basics mit guten Schnitten, dezentem Branding und einer hervorragenden Qualität. Eben Kleidung, die man gerne trägt. Und auch immer tragen kann. Keine High Fashion Pieces, die dem Auge vielleicht schmeicheln, aber weder dem Alltag noch dem Geldbeutel entgegen kommen.

Zudem wollen wir in erster Linie durch unsere Kleidung überzeugen und versuchen den Mehrwert, den die Sachen durch die Bio- und Fair-Aspekte besitzen eher subtil zu kommunizieren, um hierdurch auch die Käufer zu erreichen, denen eine sogenannte „korrekte Produktion“ bisher kein Begriff ist.

Keiner von uns dreien ist gelernter Schneider. Diese Tatsache hat sicherlich einen großen Einfluss auf das Erscheinungsbild der Marke. So haben wir zwar schon einen hohen ästhetischen und qualitativen, jedoch keinen avant-

gardistischen Anspruch an unsere Kleidung. Wir möchten mit toodot keine schnelllebigen Hypes bedienen, sondern unsere Vorstellung von Nachhaltigkeit in allen Bereichen reflektieren. Dazu gehört das reduzierte Design, das sich nicht nur in der Kleidung spiegelt, sondern auch in der Bildsprache, den Werbemitteln, der Kommunikation und natürlich in der Produktion.

Denn mit toodot haben wir uns bewusst dafür entschieden, nicht im Kollektionsrhythmus zu produzieren, sondern das Sortiment Schritt für Schritt weiter auszubauen.

Nach einem knappen Jahr Planung war es im Januar 2010 endlich soweit:

Die Kartons wurden geliefert, die Internetseite war bereit und die Fotos übertrafen sogar jegliche Erwartungen. Die lange Planungsphase hatte sich ausgezahlt. Wenn man eine Idee über ein Jahr verfolgt, bleiben gewisse Längen nicht aus – alle toodot-Mitstreiter haben schließlich noch andere Aufgaben und Projekte. Umso erfreuter waren wir, endlich die Kartons ins Lager stapeln und tatsächlich mit dem realen Produkt arbeiten zu können.

Am 6. Januar feierte toodot in Hamburg Premiere und präsentierte die erste Kollektion:

Diese besteht aus dem Hemd „Baikal“ aus fester 150 Gramm/m² Popeline, dem Sweater „Winnipeg“ in dicker 300 Gramm-Quali-



tät und dem Polo Shirt „Malawi“ aus 200 Gramm Popeline. Die Teile gibt es zum Start in je 2 Farben. Alle Kleidungsstücke sind tailliert und dezent mit dem toodot Logo in Garnfarbe bestickt.

Ergänzt wird das Angebot durch das T-Shirt „Tahoe“. Es ist das einzige Teil im toodot Sortiment das in limitierter Auflage erscheint. Das jetzige T-Shirt-Design kommt von toodot, in Zukunft möchten wir hierfür mit verschiedenen Künstlern zusammenarbeiten, deren Entwürfe die Ästhetik von toodot erweitern werden. Die Kollektion liegt preislich zwischen 29 Euro und 69 Euro.

Alle Produkte sind aus einem Rohstoff: Der Baumwolle. Dieser Rohstoff wird in der Türkei in Bioqualität angebaut und dort auch bis zum fertigen Produkt weiterverarbeitet. Alles nach den Richtlinien des Global Organic Textile Standard. Die Frage nach dem Produktionsstandort ist immer mit vielen Pros und Contras verbunden. Grob skizziert bedeutet eine lokale Produktion kurze Lieferzeiten und den persönlichen Kontakt, aber höhere Kosten. Eine Produktion in Indien ist hingegen wesentlich günstiger, allerdings hat man zum einen sehr lange Lieferzeiten, zum anderen eine ganz andere Kommunikation. Wir haben uns für die Produktion in der Türkei entschieden, da dieser Standort für uns die beste Mischung darstellt. Zusätzlich haben wir bei der Produktion einen deutschen Partner vor Ort was den Kontakt, grade wenn es um die Umsetzung etwas aufwändigerer Schnitte wie den des „Baikal“ geht, erheblich vereinfacht.

Der Vertrieb läuft neben einem Online Shop auf der Internetseite über Läden in ganz Deutschland. Da wir schon vor dem eigentlichen Start einige Muster hatten, die wir den Shops zeigen konnten, bekamen wir noch im Planungsprozess positives als auch negatives Feedback, welches wir in die Entwicklung der Modelle einfließen lassen konnten.





Direkt nach der erwähnten Hamburg-Premiere im Januar war es uns dann möglich den ersten Läden unsere finalen Modelle vorzustellen – welche dort großen Anklang fanden. Denn die Schnelllebigkeit einiger Kollektionen ist vielen Verbrauchern schlicht zu hektisch. Kaum hat man sich Gedanken gemacht ob man das betreffende Teil auch wirklich kauft, ist es auch schon aus den Regalen verschwunden, um es mal etwas überspitzt zu formulieren.

Und grade im (Noch-)Nischenmarkt „grüne Mode“ sind einige Verbraucher noch skeptisch oder werden mit dem Design einzelner Labels einfach nicht warm. Dies trifft übrigens nicht nur auf die Verbraucher zu, sondern auch und vor allem auf die Händler. „Grüne Mode“ scheint noch ein Verbrauchertema zu sein, das erst nach und nach aus den Online Shops und „Concept Stores“ in die konventionellen Läden dringt. Die Zurückhaltung der konventionellen Läden ist zwar nachvollziehbar, da sie es im grünen Markt vor allem mit „schwachen“ Marken zu tun haben: kleine Produzenten, die bedingt durch vergleichsweise geringe Auflagen und ein eher kleines Vertriebsnetz immense komparative Kostennachteile haben. Und natürlich bekommen auch Grafiker und Fotografen ihren

Lohn - egal ob sie für eine Fünfzig- oder Fünftausend-Shirt-Kollektion arbeiten.

Doch fragt man sich dennoch, warum die meisten konventionellen Läden derart mit sich hadern. Mittlerweile sind die untragbaren Zustände in der Textilproduktion ja durchaus bekannt. Und neben der Produktion gibt es viele weitere Argumente für die grünen Labels. Das Design ist nie von der Stange, die Sachen sind sehr exklusiv und durch die qualitativ hochwertigen Bio-Stoffe jeden Cent wert.

Mit toodot erweitern wir den noch jungen grünen Modemarkt um eine weitere Alternative. Durch unsere Produktionsstruktur haben wir die Sachen in der Regel ab Lager vorrätig und ermöglichen es so auch zaghaften Händlern einfach mal auszuprobieren, ob ihre Kundschaft nicht doch reflektierter ist, als sie denken. Denn eine Kollektion, auf das wesentliche reduziert, ermöglicht es nachhaltige Kleidung zu kaufen, ohne seinen eigenen Stil neu erfinden zu müssen.

Für die Zukunft planen wir erst einmal die Farbpalette der schon existierenden Modelle Stück für Stück zu erweitern. Wenn dieser Schritt gemacht ist, werden wir weitere Schnitte in der typischen toodot-Optik entwerfen. Ideen sind schon zu genüge vorhanden.

toodot ■

Kontakt:

toodot

Ahrberg, Hövelmeyer, Strotmann GbR

Feldstraße 36

20357 Hamburg

www.toodot.net

info@toodot.net

040 - 6898 7684 0

Die Hoffnung auf die Öffentlichkeit stirbt zuletzt

Von Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz

Etwas anderes als ihre Öffentlichkeit hat eine Gesellschaft nicht, um sich über sich selbst aufzuklären, über ihre guten und ihre schlechten Seiten, über ihre Freuden, ihre Risiken und ihre Katastrophen.

Dass Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Unterhaltung in der öffentlichen Kommunikation inzwischen ein deutliches Übergewicht haben, ist eine andere Geschichte. Wir fragen nach der Qualität des Journalismus, der - offline und online - für die „breite Öffentlichkeit“ die Informations- und Orientierungsleistungen erbringen soll.

Konkret analysiert haben wir in unserer Studie „Wirtschaftsjournalismus in der Krise“ einen kleinen Teil der Berichterstattung über die globale Krise der großen Spekulation, die den Finanzmarkt und damit ganze Gesellschaften zwischen 2007 und 2009 an den Abgrund geführt hat und für die bis heute noch keine Lösung gefunden ist. Unser Befund: Der tagesaktuelle deutsche Wirtschaftsjournalismus stand dem globalen Finanzmarkt gegenüber wie ein ergrauter Stadtarchivar dem ersten Computer mit einer Mischung aus Ignoranz und Bewunderung, ohne Wissen, wie er funktioniert, ohne Ahnung von den folgenreichen Zusammenhängen, die sich aufbauen; im Zweifel schloss man sich der vorherrschenden Meinung an. Die Risiken ignorieren und auch diejenigen, die auf die Risiken hinweisen, beschönigen und beruhigen statt aufklären und realitätsnah informieren - darin bestand im Kern die Fehlleistung des Wirtschaftsjournalismus. Und trotz dieser Versäumnisse, es gibt wir keine andere Möglichkeit, als sich für einen leistungsfähigen kritischen Journalismus stark zu machen.

Es fällt auf, dass der Journalismus seine Themen immer häufiger als Krisen-Themen

modelliert. Ob in der Wirtschaft, der Bildung, der Politik, der Gesundheit oder sogar dem Sport, ständig und überall geht es inzwischen um Krisen. Aufschlussreich wäre, einmal zu erforschen, welche Krisen von den Medien ‚hochgezogen‘ und stark dramatisiert werden, wie etwa die Schweinegrippe, und welche Krisen möglichst lange ausgeblendet und ‚kleingeschrieben‘ werden, wie lange Zeit die drohende Finanzmarktkrise und deren vielen Vorboten.

Eindeutig scheint uns zu sein, dass es Risiken und Krisenpotentiale gibt, deren öffentliche Darstellung deshalb unterbelichtet ist, weil der Weg in die Krise an Geld- und Machtgewinne einflussreicher Akteure gebunden ist. Die Beschäftigungskrise zum Beispiel, die seit mehr als 30 Jahren alleine in Europa Millionen von Menschen dauerhaft in die Arbeitslosigkeit zwingt, wird zwar regelmäßig statistisch aufbereitet und es wird darüber auch berichtet, aber ein allgemeines nachhaltiges Drängen auf eine Lösung findet seit der ersten Aufregung in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts kaum noch statt. Der ökologische Protest gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen auf der Erde war im Vergleich dazu publizistisch erfolgreicher, aber am fatalen Gang der Dinge und den damit verbundenen globalen Bedrohungen konnte er noch nichts Grundlegendes ändern.

Die Entscheidungen, die in den Unternehmen und Verbänden, in den Regierungen und Parteien getroffen werden, sind das eine; das andere sind die journalistischen

Informationen und Deutungen, die zur Bewusstseins- und Meinungsbildung der Menschen beitragen. Inwieweit die konkreten wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen sich von der öffentlichen Kommunikation beeinflussen lassen – und umgekehrt – darüber kennen wir kein zuverlässiges Wissen. Nicht zu bezweifeln ist unseres Erachtens, dass die Öffentlichkeit die einzige kritische Instanz ist, die bleibt, wenn in den großen und kleinen Organisationen, sozusagen von Siemens bis zum SPD-Ortsverein, der Loyalitätsdruck übermächtig wird, die Schweigespirale voll durchschlägt und die Realitätsverluste überhand nehmen. Zufall ist es nicht, dass die Geschichtsschreibung der Öffentlichkeitsarbeit gerne mit der Erinnerung an den Fluch eines amerikanischen Unternehmers beginnt: „the public be damned“.

Die Sonnenseite der dunklen Krisenthematik ist der Nachhaltigkeitsdiskurs. Er eröffnet die Perspektive auf die Möglichkeiten, wirtschaftliche und politische Entscheidungen zu treffen, die sich an Kriterien der Ressourcenschonung, der vielseitigen Abhängigkeiten und der Gerechtigkeit orientieren. Der Respekt vor den anderen und die Verantwortung für die anderen bilden die Leitgedanken der Nachhaltigkeit. „Vor der Frage: Was können wir tun? muss der Frage nachgegangen werden: Wie müssen wir denken?“, hat Joseph Beuys gesagt. Deshalb heißt die Frage und die Aufgabe, wie kann dieses nachhaltige Denken zum Mainstream der öffentlichen Kommunikation werden.

Wenn es stimmt, dass man von schlechten Beispielen mehr lernen kann als von schönen Erfolgen, dann ist die massenmediale Kommunikation über die große Krise der globalen Spekulation ein gutes Beispiel. Es ist ja keineswegs so, dass alle gleichermaßen gewinn gierig und bedenkenlos auf den Spekulationszug aufgesprungen sind, von dem bis heute nicht klar ist, ob sein tatsächlicher Endbahnhof nicht doch eine globale Katastrophe sein wird. An kompetenten und prominenten Gegenstimmen, an weitsichtigen Analysen und klaren Beschreibungen der Zusammenhänge hat es nicht gefehlt. In einem umfangreichen Literaturbericht stellt unsere Studie solche Stimmen und Quellen vor. Die globalen Handelsungleich-

gewichte – als langjähriger Exportweltmeister ist Deutschland hier Täter, nicht Opfer –, der einseitig verteilte riesige private Reichtum und als sein Schatten die wachsende Armut, die organisierten Verantwortungslosigkeiten der Finanzindustrie, über all das stand und steht umfangreiches Wissen zur Verfügung. In die tagesaktuelle journalistische Arbeit fand es kaum Eingang und findet es immer noch zu wenig Eingang. Das Bewusstsein dafür zu schärfen und diejenigen, die das ebenso wie wir ändern möchten, zu ermutigen, sprechfähiger und argumentationsstärker zu machen, wäre eine gute Wirkung unserer Studie.

Es ging uns zu keinem Zeitpunkt um eine Journalistenbeschimpfung, sie ist genau so wenig sinnvoll wie die Herabwürdigung irgendeiner anderen Berufsgruppe. Aber wie jede andere gesellschaftliche Arbeit hat sich auch die journalistische der öffentlichen Debatte zu stellen. Erst die Kontrolle der Kontrolleure schließt den demokratischen Kreislauf und stellt so sicher, dass sich niemand der kritischen Beobachtung entziehen kann. In diese kritische Beobachtung müssen die Arbeitsbedingungen einbezogen werden. Deshalb fragen wir als eine Konsequenz unserer Untersuchungen: Hat der Journalismus in der Breite die Arbeitsbedingungen, die es ihm erlauben, möglichst sogar erleichtern, seine Arbeit gut zu machen? Wie können Redaktionen ihre Sensoren und Sensibilitäten so ausbauen, dass begründetes kritisches Wissen in den Routinen des redaktionellen Alltags wahrgenommen und geprüft wird? Und wie können Redaktionen überhaupt eine demokratische öffentliche Diskussion befördern, deren interne Arbeitsprozesse selbst geprägt sind von Hierarchien, Kostendruck, unsicheren Beschäftigungsbedingungen, Personalabbau und einem vermachteten, teilweise höfischen Meinungsklima? Wir brauchen eine öffentliche Debatte über die Produktionsbedingungen der veröffentlichten Meinung.

Dr. Hans-Jürgen Arlt war bis 2003 Leiter der Öffentlichkeitsarbeit beim DGB.

Dr. Wolfgang Storz war 2002 bis 2006 Chefredakteur der Frankfurter Rundschau.

CSR – Vision und Mission

Von Peter Nolden

In der losen Reihe „Vision & Mission“ laden die Glocalist Medien Entscheidungsträger ein, die jüngst in eine neue Verantwortungsposition für Nachhaltigkeit & CSR gekommen sind, um ihre Vision und Mission in ihrem neuen Verantwortungsbereich auszuführen.

Aktuell Peter Nolden von Ernst & Young, der mit 1. März die Nachhaltigkeitsberatung bei Ernst & Young Deutschland leitet.

Mit neuen Aufgaben kommen neue Herausforderungen. Seit 1. März 2010 verantworte ich den Geschäftsbereich Nachhaltigkeit bei Ernst & Young in Deutschland und trete damit die Nachfolge von meinem Partnerkollegen, Rudolf X. Ruter, an, der zum 1. Juli 2010 in den Ruhestand wechseln wird. Rudolf X. Ruter hat den Bereich Nachhaltigkeit nicht nur bei Ernst & Young in den letzten Jahren aufgebaut, sondern darüber hinaus auch mit hohem Engagement das Thema über die Grenzen unseres Unternehmens hinaus kommuniziert. Sei es mit Unternehmen, mit der Politik, der Wissenschaft oder mit gesellschaftlich engagierten Gruppen: Rudolf Ruter hat für die Verbreitung und Diskussion des Themas Nachhaltigkeit, oder, wie es in den Anfängen noch hieß, CSR, viel getan. Hier kann und möchte ich ansetzen und nicht nur als qualifizierter Partner für Unternehmen weiterhin innovative Lösungen in diesem wachsenden Aufgabenfeld entwickeln, sondern auch als Mitglied der engagierten Nachhaltigkeits-Community in Deutschland Fragen der Verantwortung, der Glaubwürdigkeit und der Transparenz im Unternehmensmanagement proaktiv mitgestalten.

Ich komme aus dem Bereich Prüfung und Beratung mit den Schwerpunkten Chemie, Pharma und Öl, aus Industrien also, die als eine der ersten mit gestiegenen Ansprüchen der sensibilisierten Öffentlichkeit für einen verantwortungsvollen Umgang, vor allem mit Umweltschutz und Arbeitssicherheit, konfrontiert wurden. Am Anfang handelte es

sich dabei eher um Konfrontation zwischen Unternehmen und Anspruchsgruppen. Heute ist dies anders. Heute kommen einige der besten Unternehmen im Bereich Nachhaltigkeit aus diesen Branchen. Die Unternehmen haben erstens verstanden, dass gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen Teil der Unternehmensstrategie ist und sich nicht in einer isolierten Abteilung erledigen lässt. Glaubwürdigkeit entsteht nur dann, wenn es vom Management mitgetragen wird, es in Strategie, Organisation, Prozesse und Produkte implementiert und von den Mitarbeitern gelebt wird. Zweitens hat diese Branche zunehmend den ernsthaften Dialog mit der Öffentlichkeit gesucht und damit den Weg in eine offenere, überprüfbare und transparentere Kommunikation gefunden. Natürlich ist nichts so gut, dass es nicht besser werden kann. Aus der Sicht der vergangenen Jahre sehe ich hier jedoch eine große Entwicklung hin zu einem partnerschaftlich-kritischen Umgang von beiden Seiten, Unternehmen und Anspruchsgruppen, im Sinne einer gemeinsamen Mit-Verantwortung für eine nachhaltige globale Gesellschaft.

Nachhaltigkeit ist in den Unternehmen angekommen und wird zunehmend als eine Managementaufgabe verstanden. Good Corporate Governance wird zu einem Synonym für nachhaltige Unternehmensführung. Denn, wir unterhalten uns längst nicht mehr nur um CO₂-Reduktionsziele im Kontext von Nachhaltigkeit, sondern um langfristige Unternehmensstrategien und entsprechende Anreizstrukturen in den Unternehmen. Und

damit erreicht es auch Verantwortliche in Unternehmen, wie z.B. den Aufsichtsrat, dem auch in dieser Hinsicht eine neue Aufgabe der Kontrolle und des kritischen Hinterfragens zukommt. Wenn der Anspruch besteht, dass Nachhaltigkeit in die DNA der Unternehmen vordringen muss, dann ist dies ein zentraler Hebel zum Umdenken. Gleichzeitig geht es aber auch darum, die Spreu vom Weizen in der eifrigen Nachhaltigkeitsdiskussion zu trennen. Was können Unternehmen leisten und wo wird der Anspruchsbogen überdehnt? Ich bin gespannt auf die weitere Entwicklung und sehe Ernst & Young vor dem Hintergrund unserer Profession als wichtigen Promoter, das Thema in die bestehenden Strukturen von Unternehmen zu integrieren, diese um den Gedanken der Nachhaltigkeit sinnvoll zu erweitern und zu einem Business Case für Unternehmen zu entwickeln.

Hier kommt uns unsere multidisziplinäre Aufstellung aus Prüfung und Beratung sehr zugute: Wir können helfen, Pläne, Maßnahmen, Prozesse und Kontrollen zu bestimmen, die es erlauben, Chancen und Risiken im Bereich Nachhaltigkeit zu identifizieren, Erfolge zu quantifizieren, Nachholbedarf aufzuzeigen und vor allem Verantwortlichkeiten und Abläufe zu definieren. Diese Aufgabe ist komplex, nicht nur aufgrund einer differenzierten Stakeholderkultur, sondern auch aufgrund wachsender Aufmerksamkeit des Finanzmarktes gegenüber diesem Thema, neuer gesetzlicher Anforderungen und Standards sowie der globalen Dimension, die sich unter anderem mit Blick auf die Entwicklung eines nachhaltigen Lieferanten- und Einkaufsmanagements ergibt.

Bestehendes nutzen und ausbauen – das ist unser primärer Ansatz. Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit zu einem Erfolgssparameter in der Wertentwicklung der Unternehmen zu küren. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, der wir uns mit hohem Engagement verpflichtet sehen. Nur wenn Nachhaltigkeit über die Vermeidung von Risiken, vor allem im empfindlichen Bereich der Reputation und der Marke, hinauswächst und zu



einem dynamischen Faktor der Unternehmens- und Wachstumsstrategie wird, ist der Lackmustest der Bedeutung von Nachhaltigkeit für die Unternehmen langfristig bestanden. Unsere Vision bei Ernst & Young ist es, unsere Kunden genau dahingehend zu beraten.

Ein weiteres wichtiges Thema sehe ich in der Nachhaltigkeitskommunikation, vor allem in der Transparenz und Überprüfbarkeit der Daten. In diesem Zusammenhang hat sich in den letzten Jahren die nichtfinanzielle Berichterstattung als zunehmend fester Bestandteil des Reportings der Unternehmen etabliert. Der Trend geht zu einer immer stärkeren Einbindung der relevanten Anspruchsgruppen in Dialogprozesse und der Integration von finanzieller und nichtfinanzieller Berichterstattung. Eine ernsthafte Nachhaltigkeitskommunikation ohne Richtlinien, wie die G3 der Global Reporting Initiative, ist heutzutage kaum mehr vorstellbar. Die Standards schaffen nicht nur Vergleichbarkeit, sondern helfen auch, die Unternehmen zu identifizieren, die als Vorreiter agieren. Vor allem Nichtregierungsorganisationen, aber auch, wie bereits erwähnt, mehr und mehr Investoren, haben ein Interesse, den Link der Nachhaltigkeitsperformance zur finanziellen Performance eines Unternehmens herzustellen. Gerade in der Integration von finanzieller und nichtfinanzieller Berichterstattung sowie der Quantifizierung von Nachhaltigkeit für den Geschäftserfolg liegt eine zentrale Herausforderung aller beteiligten Akteure; denn welche Nachhaltigkeitskennzahlen sind die Indikatoren, die das Bild über die langfristige finanzielle Stärke und den Wert eines Unternehmens mitzeichnen können? Ernst & Young hilft, die richtigen Leistungsindikatoren (KPI) zu erheben, die Angaben des Unternehmens zu verifizieren und somit als Garant für die Richtigkeit der bereitgestellten Informationen zu dienen.

Diese beiden Herausforderungen, Etablierung des Nachhaltigkeitsmanagements und die Weiterentwicklung der nichtfinanziellen Berichterstattung, sind die Hauptfelder, denen ich meine zukünftige Arbeit widmen werde. Sie können dabei auf Ernst & Young als verlässlichen und vertrauensvollen Partner zählen. Haben auch Sie Interesse an einer Zusammenarbeit, so freue ich mich auf ihre Erfahrungen und Meinungen zum Thema Nachhaltigkeit.

Peter Nolden, (50), Partner bei der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young, übernahm bei Ernst & Young mit 1. März 2010 die Leitung des Bereichs Nachhaltigkeitsberatung in Deutschland. ■

EU-Kommission wegen Zurückhaltung von Dokumenten verklagt

Vier Umweltverbände haben am 8. März die EU-Kommission wegen der Vorenthaltung von Dokumenten verklagt.

Sie sollen Informationen über die negativen Auswirkungen einer gesteigerten Biokraftstoffnachfrage der EU auf die Umwelt und die Lebensmittelpreise enthalten. Tim Gabriel von ClientEarth - einer der Kläger-Organisationen - bedauerte, dass sich die Kommission dazu entschieden habe, Informationsrechte bei einer so entscheidenden Sache wie der Wissenschaft, die der Klimapolitik zu Grunde liegt, zu verweigern.

Nach der Erneuerbare-Energien-Richtlinie soll der Anteil von erneuerbaren Energien im Verkehr bis 2020 zehn Prozent betragen. Das Ziel soll dabei hauptsächlich durch den Einsatz von Biokraftstoffen erreicht werden. Vor der Verabschiedung der Richtlinie Ende 2008 stand die EU-Kommission wegen der voraussichtlich verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen einer erhöhten Biosprit-Nachfrage massiv unter Beschuss.

Pieter de Pous vom Europäischen Umweltbüro (EEB) sagte, dass die bisher herausgegebenen Dokumente darauf schließen ließen,

dass die Kommission vorhabe, die Untersuchungsergebnisse so zu präsentieren, dass sie zuvor getroffene Entscheidungen unterstützen, statt eine Korrektur dieser auszulösen. Nach eigenen Angaben hält die Kommission derzeit 140 Dokumente zurück.

Gleichzeitig hat sich auch der Ombudsmann - der Europäische Bürgerbeauftragte - Niki-foros Diamandouros bei der EU-Kommission beschwert. In diesem Fall geht es um drei Briefe von Porsche an den ehemaligen Wirtschaftskommissar Günter Verheugen. Diese hatte Diamandouros auf Anfrage von Friends of the Earth während der Konsultation zum Richtlinienvorschlag über CO₂-Grenzwerte für Pkw angefordert. Diamandouros erklärte, dass die unkooperative Haltung der Kommission zu einem Vertrauensverlust der Bürger in diese Institution führen könne und die Fähigkeit des Ombudsmannes und des Europäischen Parlaments untergrabe, die Kommission effektiv zu überwachen.

Mit einem Sonderbericht hat Diamandouros nun das Europäische Parlament auf die Pflichtverletzung und mangelnde Zusammenarbeit der EU-Kommission aufmerksam gemacht. Dies ist das erste Mal, dass ein Ombudsmann diesen Schritt geht. [mv] ■

Weltfrauentag am 8. März 2010

15 Jahre nach der wegweisenden vierten Weltfrauenkonferenz, die 1995 in Peking stattfand, verfügt die internationale Gemeinschaft über klare Rechtsnormen, die Diskriminierung verbieten, die Chancengleichheit von Frauen und Männern aktiv fördern und die Stellung der Frau stärken. Diese Normen sind in allen Ländern als Teil der Menschenrechte anerkannt. Außerdem verfügt die internationale Gemeinschaft über Einrichtungen, die die Umsetzung der Frauenrechte wirksam überwachen können. Dazu gehören der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau (CEDAW) und der neue, für Gewalt gegen Frauen in Konfliktsituationen zuständige Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs.

7. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/245&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Eine neue Richtlinie für den Gesundheitsschutz von 3,5 Millionen Beschäftigten im Gesundheitswesen

Die EU-Arbeits- und Sozialminister haben heute eine Richtlinie verabschiedet, mit der die Beschäftigten des Krankenhaus- und Gesundheitswesens vor Verletzungen und Infektionen durch scharfe bzw. spitze Instrumente, etwa Nadeln, geschützt werden sollen. Damit will man gegen eine der schwerwiegendsten Gefährdungen von Gesundheit und Sicherheit an den europäischen Arbeitsplätzen vorgehen, gegen die Ursache von jährlich schätzungsweise 1 Million arbeitsbedingten Gesundheitsschädigungen. Mit der Richtlinie wird eine Rahmenvereinbarung in das EU-Recht übernommen, die von den europäischen Sozialpartnerorganisationen des Sektors – der rund 3,5 Millionen Menschen beschäftigt – ausgehandelt worden ist.

8. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/243&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Nominierungen für den Europäischen Erfinderpreis 2010

Für den Europäischen Erfinderpreis 2010 wurden Erfinder nominiert, die in den verschiedensten Bereichen innovative Pionierleistungen vollbracht haben – von der Trinkwasserkonservierung bis zur Synthese von Kohlenstoffmolekülen mit der Struktur eines Fußballs (den „Fullerenen“), von Verfahren zur Krebsbehandlung bis zur digitalen Datenverschlüsselung. Zu den nominierten Erfindungen gehören ebenfalls die Wii-Konsole, die zivile Anwendung des GPS, der Einsatz von Brennstoffzellen in mobilen Anlagen, Biokunststoff und Internetzugang direkt aus der Steckdose. Mit dem Preis werden einzelne Erfinder oder Erfinderteams ausgezeichnet, die durch ihre Pionierarbeit zur Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit und damit zu Fortschritt und Wohlstand beitragen. Die vier Gewinner werden von einer hochrangigen internationalen Jury ausgewählt. Die Preise werden am 28. April 2010 in Madrid von Alison Brimelow, Präsidentin des EPA, verliehen.

8. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/247&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weltfrauentag: Aktionsplan erklärt Gleichstellung und Teilhabe von Frauen zu Priorität der Entwicklungszusammenarbeit

Anlässlich des Weltfrauentags und des 15. Jahrestags der Erklärung von Peking hat die Europäische Kommission einen EU-Aktionsplan zur Gleichstellung der Geschlechter und Teilhabe von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit für den Zeitraum 2010–2015 aufgestellt. Der Aktionsplan soll dazu beitragen, dass die Millenniumsentwicklungsziele – insbesondere diejenigen zur Gleichstellung und zur Gesundheit von Müttern – schneller umgesetzt und auch andere internationale Entwicklungsziele im Zusammenhang mit der Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklicht werden. Der Aktionsplan umfasst Maßnahmen wie die Organisation regelmäßiger politischer Treffen zur Bewertung der Fortschritte, die Erstellung geschlechterspezifischer Datenbanken und Analysen sowie eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft.

8. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/248&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Recht auf faires Gerichtsverfahren – Europäische Kommission legt Richtlinienvorschlag vor

Ein italienischer Tourist, der an einem Verkehrsunfall in Schweden beteiligt war, darf während der Gerichtsverhandlung nicht mit einem italienischsprachigen Anwalt sprechen, ein polnischer Tatverdächtiger bekommt keine schriftliche Übersetzung der Beweismittel zu sehen, die vor einem französischen Gericht gegen ihn verwendet werden – dies sind Beispiele für unvorhergesehene Hindernisse bei Strafverfahren, an denen Ausländer aus anderen EU-Staaten beteiligt sind und die unfaire Urteile zur Folge haben können. Daher legt die Europäische Kommission heute einen Vorschlag für eine Richtlinie vor, die den Bürgern der EU-Mitgliedstaaten die Wahrnehmung ihres Rechts auf ein faires Gerichtsverfahren überall in der EU ermöglichen soll, wenn sie die Verfahrenssprache des Gerichts nicht verstehen. Die EU-Staaten sollen verpflichtet werden, Tatverdächtigen einen Dolmetscher oder Übersetzer zur Verfügung zu stellen. Die Richtlinie ist die erste einer Reihe geplanter Maßnahmen zur Festlegung einheitlicher EU-Standards für Strafverfahren. Dank des jetzt in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon kann die EU die Grundrechte der Bürger in Übereinstimmung mit der EU-Charta der Grundrechte fördern.

9. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/249&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Ethnische Minderheiten: Konferenz in Brüssel zu EU-Förderprojekten für Roma

Bei der von der Europäischen Kommission am 10. und 11. März in Brüssel organisierten Konferenz stehen von der EU finanzierte Förderprojekte für die Roma und ihre Kultur im Mittelpunkt. Die Konferenz ist ein Beitrag der Kommission zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

10. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/257&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kraftfahrzeugsicherheit: Europäische Kommission begrüßt internationale Vereinbarung für Elektro- und Hybrid-Fahrzeuge

Die Europäische Kommission zeigt sich erfreut darüber, dass heute am Sitz der Vereinten Nationen in Genf die erste internationale Regelung über die Sicherheit von Kraftfahrzeugen mit reinem Elektroantrieb und mit Hybridantrieb angenommen wurde. Diese wegweisende Entscheidung wird die rasche Einführung sicherer und sauberer Elektroautos auf unseren Straßen erleichtern. Die heute im Wirtschaftsausschuss für Europa der Vereinten Nationen (UN/ECE) angenommene technische Regelung gewährleistet, dass Kraftfahrzeuge mit Hochspannungselektroantrieb wie Hybridfahrzeuge und Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb so sicher wie herkömmliche Kraftfahrzeuge sind. Auf dem Markt werden immer mehr Hybrid- und Elektrofahrzeuge angeboten, die vielversprechende Perspektiven für einen sauberen und energieeffizienten Straßenverkehr bieten.

10. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/260&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Schneller, besser, effizienter: neue Auswahlverfahren für EU-Beamte

Am 16. März 2010 wird das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) das erste Auswahlverfahren (für Verwaltungsräte) starten, das nach einem neuen und vereinfachten System ablaufen soll. Vorteil dieses Systems ist, dass für die gängigsten Stellenprofile künftig jährlich Auswahlverfahren durchgeführt werden, so dass Bewerber ihre Bewerbung besser vorbereiten und die EU-Organe ihre Personalplanung vorausschauender gestalten können. Das neue Verfahren ist schneller und effizienter, weil es weniger Stufen umfasst als bisher. Überdies ist es zielgerichteter, weil in Zukunft Kompetenzen wichtiger sind als reines Wissen. Kompetenzen-Tests gelten als zuverlässiger Indikator für zu erwartende Leistungen am Arbeitsplatz.

11. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/262&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Erneuerbare Energien : Prognosen zeigen EU auf Weg 20%-Ziel zu erreichen

Nach nationalen Vorausschätzungen, die der Europäischen Kommission vorgelegt wurden, wird die EU ihr Ziel übertreffen, bis 2020 20 Prozent ihres Energieverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu beziehen. In ihrer heute veröffentlichten Zusammenfassung stellt die Kommission fest, dass die EU einen Gesamtanteil von 20,3 Prozent an erneuerbaren Energien erreichen wird.

11. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/265&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Böden: die stillen Helden der biologischen Vielfalt

Böden beherbergen mehr als ein Viertel aller lebenden Arten, und doch gibt es in Europa keine verbindlichen Rechtsvorschriften zum Schutz dieser wertvollen Ressource. Wir brauchen die Böden für die Herstellung von Nahrung, Fasern und Baumaterialien, aber auch für sauberes Wasser, saubere Luft, die Klimaregulierung oder die Herstellung von Antibiotika wie Penicillin oder Streptomycin. Hinter all dem steht die biologische Vielfalt der Böden, die jedoch in vielfacher Hinsicht bedroht ist. Einem neuen Bericht der Europäischen Kommission zufolge könnte die unsachgemäße Bewirtschaftung der Böden dazu führen, dass der Klimawandel verstärkt, die landwirtschaftliche Erzeugung gefährdet und die Qualität des Grundwassers beeinträchtigt wird. Die Europäische Kommission setzt sich seit 2006 für verbindliche Rechtsvorschriften in diesem Bereich ein, Fortschritte wurden bislang aber kaum erzielt. Auf der Ratstagung Umwelt am 15. März in Brüssel steht die Boden-Rahmenrichtlinie wieder auf der Tagesordnung.

12. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/271&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Unternehmen sind aufgerufen, sich um Fördermittel des Programms „Marco Polo“ gegen Staus auf den Straßen und für einen umwelt freundlicheren Güterverkehr zu bewerben

Die Europäische Kommission hat heute die 4. Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Einrichtung und Modernisierung von Güterverkehrsdiensten im Rahmen des Programms „Marco Polo 2“ veröffentlicht. Die auszuwählenden Projekte sollen dazu beitragen, Staus auf europäischen Straßen zu vermeiden und die Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems zu verbessern – zwei Hauptziele der EU-Verkehrspolitik. Unternehmen in der gesamten Europäischen Union und anderen Ländern sind aufgerufen, Vorschläge ab jetzt einzureichen.

15. MÄRZ 2010

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/278&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU vergibt 45.000 Mikrokredite an Arbeitslose und Kleinunternehmer



8. MÄRZ 2010

Die EU-Minister für Beschäftigung und Soziales haben sich heute auf eine neue Fördermaßnahme geeinigt. Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, sollen Kredite erhalten, die ihnen eine Existenzgründung oder die Erweiterung eines Kleinunternehmens ermöglichen. Dieses europäische Mikrofinanzierungsinstrument wird anfangs mit 100 Millionen EUR ausgestattet sein. In Zusammenarbeit mit weltweit operierenden Finanzinstitutionen wie etwa der Europäischen Investitionsbank (EIB-Gruppe) könnten letztlich mehr als 500 Millionen EUR mobilisiert werden. Diese Initiative ist eine der Maßnahmen, mit denen die EU auf die Krise reagiert. Ihre Zielgruppe sind Menschen, die wegen der Wirtschaftskrise und der derzeitigen Kreditklemme unter normalen Umständen keine Kredite bekommen würden.

Auf der Tagung des Ministerrats sagte László Andor, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration: „Das Mikrofinanzierungsinstrument stellt für diejenigen, die unter den Auswirkungen der Krise leiden, eine echte Alternative dar und wird zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.“ Deshalb sei diese Initiative zu begrüßen, die „dafür sorgen wird, dass benachteiligte Gruppen umfassenderen und besseren Zugang zu Mikrokrediten erhalten. Damit wird ihnen der Weg aus der Arbeitslosigkeit eröffnet. Unternehmergeist und Sozialwirtschaft werden ebenfalls davon profitieren. Wir rechnen damit, dass in den nächsten

acht Jahren etwa 45.000 Existenzgründern Kleinkredite gewährt werden können.“

In enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Sozialfonds sollen die Darlehensnehmer auch auf andere Weise unterstützt werden, etwa durch Mentoring, Fortbildung und Verhaltenstraining sowie durch Hilfen bei der Ausarbeitung eines Geschäftsplans.

Es wird damit gerechnet, dass durch Zusammenarbeit mit weltweit operierenden Finanzinstitutionen wie der EIB-Gruppe mit den nunmehr bereitgestellten 100 Millionen EUR ein Kreditvolumen von 500 Millionen EUR mobilisiert werden kann. Damit könnten in einem Zeitraum von bis zu acht Jahren etwa 45.000 Kredite vergeben werden. Darüber hinaus besteht für die Darlehensnehmer die Möglichkeit, über den Europäischen Sozialfonds Zinsabschläge zu erhalten, die ihnen die Gründung eines neuen Unternehmens erleichtern.

Bei den Mikrokrediten dieser Fördermaßnahme geht es um Beträge bis 25.000 EUR. Sie ist auf Kleinstunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten (also 91 % aller europäischen Unternehmen) sowie auf Arbeitslose oder Nichterwerbstätige zugeschnitten, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen wollen, aber keinen Zugang zu klassischen Bankdienstleistungen haben. Bei 99 % der Unternehmensgründungen in Europa han-

delt es sich um Kleinst- oder Kleinunternehmen; jedes dritte davon wurde von Arbeitslosen gegründet.

Hintergrund

Dieses Mikrofinanzierungsinstrument, das auf dem Einsatz von EU- Geldern zur Mobilisierung frischer Finanzmittel beruht, ist ein gutes Beispiel dafür, wie mit der Strategie „EU 2020“ neue Finanzierungsmöglichkeiten erschlossen werden. Als Bestandteil der Reaktion der EU auf die Krise hat die Kommission bereits am 3. Juni 2009 ein „gemeinsames Engage-

ment für Beschäftigung“ vorgeschlagen, um die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sowie den Sozialpartnern zu verstärken und so die sozialen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen der Krise in den Griff zu bekommen (siehe IP/09/859). Darauf folgte am 2. Juli 2009 der Vorschlag der Kommission, ein europäisches Mikrofinanzierungsinstrument zu schaffen (siehe IP/09/1070). Diesem Vorschlag haben das Europäische Parlament und nunmehr die EU-Mitgliedstaaten im Ministerrat (mit qualifizierter Mehrheit) zugestimmt. Die betreffenden Mittel werden ab Juni 2010 zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen

Vorschlag für ein europäisches Mikrofinanzierungsinstrument sowie Begleitdokument:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=547&furtherNews=yes>

Website der Europäischen Kommission zu den sozialen Auswirkungen der Krise:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=736>

Gemeinsames Engagement für Beschäftigung:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=514&furtherNews=yes>

Audiovisuelles Material zum europäischen Mikrofinanzierungsinstrument:

<http://www.tvlink.org/mediadetails.php?key=9a786119995bfc678684&title=EU+to+provide+45%2C000+micro-loans+to+unemployed+and+small+entrepreneurs&titleleft=Employment>

Klimaschutz: Europäische Kommission präsentiert Strategie für weltweiten Neustart nach Kopenhagen



5. MÄRZ 2010

Die Europäische Kommission hat heute eine Strategie präsentiert, mit der die weltweiten Anstrengungen für den Klimaschutz aufrechterhalten werden sollen. In der Mitteilung wird vorgeschlagen, dass die EU Maßnahmen ergreift, um rasch mit der Umsetzung der Kopenhagener Vereinbarung vom Dezember letzten Jahres und insbesondere mit der Anschubfinanzierung für die Entwicklungsländer zu beginnen. Parallel dazu sollte die EU weiterhin auf ein tragfähiges und verbindliches weltweites Übereinkommen hinarbeiten, das alle Länder in konkrete Klimaschutzmaßnahmen einbindet. Hierfür muss die Kopenhagener Vereinbarung in die UN-Verhandlungen einbezogen werden, wobei die Schwachstellen im Kyoto-Protokoll angegangen werden müssen. Eine aktive Einbindung durch die EU ist unabdingbar, um zur Unterstützung der UN-Verhandlungen beizutragen; die Kommission wird diese Anstrengungen in enger Zusammenarbeit mit dem Rat und mit Unterstützung des Europäischen Parlaments unternehmen.

Hierzu erklärte Kommissionspräsident José Manuel Barroso: "Die Kommission ist entschlossen, bei den weltweiten Maßnahmen für den Klimaschutz nicht nachzulassen: Die heute vorgestellte Mitteilung enthält eine klare Strategie für die nächsten Schritte, die notwendig sind, um den internationalen Verhandlungen neue Impulse zu geben und unsere Partner hierbei einzubeziehen. Ich werde den nächsten Europäischen Rat auf-

fordern, diese Strategie zu unterstützen und dabei auch auf weitere Konsultationen aufzubauen, die Frau Kommissarin Hedegaard auf mein Ersuchen mit wichtigen internationalen Partnern führen wird."

Frau Connie Hedegaard, EU-Kommissarin für Klimapolitik, ergänzte: „Der Klimawandel lässt sich nur eindämmen, wenn alle starken Emittenten Maßnahmen ergreifen. Natürlich hoffe ich selbst am meisten, dass wir in Mexiko alles regeln können, aber angesichts der Signale aus den betreffenden Hauptstädten ist dies leider wenig wahrscheinlich. In Kopenhagen hatte die Welt eine einzigartige Chance und hat sie nicht vollständig genutzt. Jetzt müssen wir die Impulse aufrecht erhalten und unser Möglichstes tun, um in Cancun konkrete und spürbare Ergebnisse zu erreichen und spätestens in Südafrika Einigung über die Rechtsform zu erzielen. Kopenhagen war ein Schritt nach vorn. Die Vereinbarung von Kopenhagen blieb zwar hinter den europäischen Erwartungen zurück, aber die zunehmende weltweite Unterstützung gibt der EU die Chance, hierauf aufzubauen und dies in Maßnahmen zu lenken. Die Führungsrolle Europas ist dann am überzeugendsten, wenn Europa spürbare und entschlossene Maßnahmen ergreift, um zur klimafreundlichsten Region der Welt zu werden; auf diese Weise verbessern wir auch unsere Energiesicherheit, fördern umweltfreundlicheres Wirtschaftswachstum und schaffen neue Arbeitsplätze."

Zeitplan für die Verhandlungen

In der Mitteilung wird ein Zeitplan für den UN-Verhandlungsprozess vorgeschlagen, der im April wieder aufgenommen werden soll. Die politischen Leitlinien der – nicht als förmlicher UN-Beschluss angenommenen - Kopenhagener Vereinbarung müssen in die UN-Verhandlungstexte einbezogen werden, die die Grundlage für ein künftiges weltweites Klimaschutzübereinkommen enthalten. Die EU wäre bereit, Ende dieses Jahres auf der UN-Klimakonferenz in Cancun (Mexiko) ein weltweit verbindliches Übereinkommen abzuschließen, aber die Kommission erkennt an, dass sich der Abschluss des Übereinkommens wegen der Differenzen zwischen den Ländern bis 2011 verzögern könnte.

Die Vereinbarung von Kopenhagen

Mit der Vereinbarung von Kopenhagen wurde ein Schritt in die Richtung des EU-Ziels eines verbindlichen weltweiten Klimaschutzübereinkommens getan, das 2013 mit Auslaufen des ersten Verpflichtungszeitraums des Kyoto-Protokolls in Kraft treten soll. Die Vereinbarung bekräftigt das Kernziel der EU, den weltweiten Temperaturanstieg auf unter 2 °C über den vorindustriellen Werten zu begrenzen, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels abzuwenden.

Derzeit haben diejenigen Industrie- und Entwicklungsländer, die für insgesamt mehr als 80 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, ihre Emissionsreduktionsziele und Maßnahmen in der Vereinbarung festgehalten. Dies zeigt, dass die Mehrzahl der Länder entschlossen ist, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu verstärken.

Umweltwirksamkeit

Die internationalen Verhandlungen müssen sicherstellen, dass das künftige weltweite Übereinkommen eine hohe Umwelt-

wirksamkeit gewährleistet und tatsächlich die Erwärmung auf unter 2°C begrenzt. Dabei bleibt das Kyoto-Protokoll weiterhin das entscheidende Element der UN-Verhandlungen, wobei jedoch das Problem, das in der begrenzten Zahl der einbezogenen Länder liegt, und seine erheblichen Schwächen angegangen werden müssen. Werden diese Schwächen, die u. a. die Berücksichtigung der forstwirtschaftlichen Emissionen und die Behandlung überschüssiger nationaler Emissionsrechte im Zeitraum 2008-2012 betreffen, nicht behoben, bestünde die Gefahr, dass die derzeitigen Zusagen der Industrieländer bezüglich der Emissionsreduktion praktisch zunichte gemacht werden.

Führungsrolle der EU

Nach Auffassung der Kommission muss die EU eine Führungsrolle übernehmen und spürbare Maßnahmen ergreifen, um im Rahmen der am 3. März vorgeschlagenen EU-Strategie bis 2020 (vgl. IP/10/225) die klimafreundlichste Region der Welt zu werden. Die EU hat sich verpflichtet, ihre Emissionen bis 2020 um 20 % unter die Werte von 1990 zu reduzieren bzw. sie um 30 % zu verringern, wenn sich andere wirtschaftlich starke Länder ebenfalls bereit erklären, in angemessenem Umfang zu den weltweiten Maßnahmen beizutragen. Im Vorfeld zum Europäischen Rat im Juni wird die Kommission eine Analyse erarbeiten, um festzustellen, welche praktischen Maßnahmen erforderlich sind, um die Emissionen um 30 % zu reduzieren. Danach wird die Kommission umreißen, wie die EU bis 2050 auf eine CO₂-arme Wirtschaft umgestellt werden kann. Im Einklang mit der EU-Strategie bis 2020 wird angestrebt, intelligente Lösungen zu finden, die nicht nur das Klima schützen, sondern auch zur Energiesicherheit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Bereitstellung von Anschubfinanzierung

Die Kommission empfiehlt, dass die EU mit der Umsetzung der Kopenhagener Vereinbarung beginnen sollte. Eine rasche Umsetzung der Zusage der EU, den Entwicklungsländern von 2010 bis 2012 eine Anschubfinanzierung in Höhe von 2,4 Mrd. EUR jährlich bereitzustellen, ist unverzichtbar, um die Glaubwürdigkeit der EU zu sichern und die Fähigkeit der Empfängerländer zur Bewältigung des Klimawandels zu verbessern. Die Kommission ist bereit, dazu beizutragen, dass die Unterstützung der EU gut koordiniert wird .

Förderung des CO₂-Handels

In der Mitteilung wird unterstrichen, dass die EU weiterhin zur Entwicklung des internationalen CO₂-Handels beitragen

sollte, der unverzichtbar ist, um Investitionen in eine CO₂-arme Wirtschaft zu fördern und die CO₂-Emissionen kosteneffektiv zu reduzieren. Mit dem CO₂-Handel lassen sich auch erhebliche Finanzmittel in die Entwicklungsländer leiten.

Stärkere Einbeziehung der Partner

Die EU muss ihre Partner stärker einbeziehen, um Vertrauen zu schaffen, dass ein weltweites Übereinkommen erreicht werden kann, und um spezielle maßnahmenorientierte Beschlüsse zu prüfen, die in Cancun getroffen werden können. Die Kommission wird diese Einbeziehung in enger Absprache mit dem Rat und seiner Präsidentschaft durchführen und das Europäische Parlament ermutigen und dabei unterstützen, in vollem Umfang mit Parlamentsvertretern der wichtigen Partnerländer zusammenzuarbeiten.

Weitere Informationen :

href="http://ec.europa.eu/environment/climat/future_action_com.htm" MACROBUTTON HtmlResAnchor http://ec.europa.eu/environment/climat/future_action_com.htm